

Landesweiter Aktionstag

DEMONSTRATION

Gegen die Ausgrenzungspolitik von Minderheiten
Sofortige Rücknahme des Asylbewerberleistungsgesetzes

Samstag 29. Januar

Emmendingen Bahnhof 11.00 Uhr

Ab dem 1. Februar 1994 wird auch im Landkreis Emmendingen das „Asylbewerberleistungsgesetz“ direkt Auswirkungen auf das tägliche Leben von ca. 300 Flüchtlingen haben. Ab Dienstag dem 1. Februar dürfen sich Familien und Einzelpersonen nicht mehr selbst versorgen. Sie werden zwangsversorgt. Eine Firma, mit Sitz in Engen, wird Menschen im Landkreis Emmendingen mit Freßpaketen fernversorgen. Was die Flüchtlinge zu essen bekommen, bestimmt die Firma. Die Firma kassiert 12 DM pro Paket. Gelder, die für Sozialleistungen vorgesehen sind, werden von Privatfirmen zweckentfremdet. Der Landkreis Emmendingen hat dadurch Mehrkosten in Höhe von 300.000 DM im Jahr. Menschen, die die Eigenschaft, nämlich Flüchtling zu sein, haben, werden durch unzählige Gesetze und Bestimmungen gewollt aus der Gesellschaft ausgegrenzt. So müssen Flüchtlinge in einer bestimmten Gemeinde, an einem bestimmten Ort wohnen und dürfen den Bezirk der Ausländerbehörde nicht verlassen. Das heißt, sie haben kein Recht auf Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit. Flüchtlinge die unter einem Jahr im Landkreis wohnen, und jene die in den Aufnahmelagern (z.B. Vauban-Kaserne Freiburg) zwangsuntergebracht sind, erhalten ein Taschengeld von 40 DM alle zwei Wochen.

Menschen, mit der Eigenschaft Flüchtlinge zu sein, werden durch zahllose Gesetze vom Arbeitsmarkt abgesondert, um sie letztendlich für „2 DM Aufwandsentschädigung“ bei kommunalen, gemeinnützigen und staatlichen Stellen zu Zwangsarbeit verpflichten zu können. Flüchtlinge gehen in das Asylverfahren ohne Kenntnisse des komplizierten Verfahrens, ohne Rechtsberatung und Rechtsvertretung. Das führt dazu, daß Flüchtlinge Rechtsmittelfristen verpassen und den Unterschied zwischen wichtigen und unwichtigen Papieren nicht kennen. Die Folge – Polizeihaft und Abschiebung. Mit dem „Leistungsgesetz“ wurde auch die freie Arztwahl beseitigt. Ärztliche Behandlung ist auf „akute Erkrankungen und Schmerzzustände“ beschränkt worden. CDU und SPD sind in Stuttgart dabei, neue Richtlinien der Krankenversorgung für Flüchtlinge auszuarbeiten, was sicher weitere Ausgrenzung bedeutet. Ein juristisches Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die Versorgung mit Freßpaketen für Flüchtlinge, die nicht unter das „Leistungsgesetz“ fallen, juristisch nicht haltbar ist. Trotz diesem Gutachten, das von der Landesregierung selbst angefordert wurde, wurde in der Verwaltungsvorschrift zum Gesetz die Zwangsversorgung für alle Flüchtlinge aufgenommen.

Die bundesdeutsche Politik hat sich damit von der Humanität, Solidarität und Menschenwürde endgültig verabschiedet. Eine Gruppe von Menschen wird an den Rand gedrängt und durch die Entmündigung und Entrechtung zur Belastung erklärt. Die Gesetze tragen die Handschrift der Rassisten. Wir dürfen einen neuen 30. Januar 1933, an dem die NSDAP an die Macht kam, nicht zulassen. Der Geist jener braunen Rassisten regiert heute wieder mit. Bei der Demonstration werden bewußt Parallelen zu 1933 aufgezeigt. Weitere Aktionen werden folgen.

- Bezahlung der Sozialhilfe, die „die Führung eines Lebens“ ermöglicht, „das der Würde des Menschen entspricht“ (BSHG §1).
- Rücknahme des „Asylbewerberleistungsgesetzes“!
- Keine Ausgrenzung von Menschen durch Sondergesetze! Keine Abschiebungen!

Bei den Kundgebungen sprechen: Gewerkschaftsvertreter, ein Arzt, ein Mitglied des Waldkircher Gemeinderats, Flüchtlinge aus Kurdistan und Kosovo sowie ein Roma-Flüchtling.

Initiative gegen das „Asylbewerberleistungsgesetz“, Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen, Flüchtlinge aus dem Landkreis Emmendingen. VVN - BdA Emmendingen, Forum für offene Grenzen und offene Herzen EM.